

400.000 Euro fließen für Rodeberg

Mühlhausen verspricht auflösungswilligen Gemeinden 2 Millionen Euro. OB Bruns: Ein Versehen

Von Claudia Bachmann

Mühlhausen/Rodeberg. Wohin führt der Weg der Rodeberger, der Menschen aus Struth und Eigenrieden? Gemeinsam nach Mühlhausen oder in die Landgemeinde Südeichsfeld? Will man sich trennen, so dass Eigenrieden nach Mühlhausen und Struth ins Südeichsfeld geht? – Eine Bürgerbefragung am Sonntag soll das Stimmungsbild erkunden. Der Gemeinderat wolle das Votum der Bürger aufgreifen und seine Beschlüsse entsprechend fassen. Das sagt Bürgermeister Klaus Zunke-Anhalt (CDU).

Die Stadt Mühlhausen steckt in Erklärungsnot. Sie schickte dieser Tage in alle Rodeberger Haushalte Faltblätter, auf denen sie für sich wirbt, die Vorteile darstellt, die ein Wechsel in die Kreisstadt mit sich bringt. Zu lesen ist: „Die gesamte Fusionsprämie – 2 Mio. Euro – wird in die Ortsteile investiert.“

Eine Zahl, die laut Thüringer Innenministerium nicht stimmt. Auf Anfrage unserer Zeitung heißt es: 400.000 Euro bekommt Mühlhausen als Fusionsprämie. Der Grund dafür: Der Höchstsatz von 2 Millionen Euro plus 200 Euro je Hollenbacher Einwohner. Das sind insgesamt 2.057.000 Euro.

Aus dem Thüringer Innenministerium heißt es: Eine entscheidende Rolle spielt der Förderzeitraum; der



Struth (im Bild) und Eigenrieden sind wunderschöne, gepflegte Dörfer, heißt es im Flugblatt der Stadt Mühlhausen, in dem es auch um die vom Land in Aussicht gestellten Fusionsprämie geht.

FOTO: ALEXANDER VOLKMANN

Für diese Eingliederung fließt eben jener Höchstbetrag von 2 Millionen Euro plus 200 Euro je Hollenbacher Einwohner. Das sind insgesamt 2.057.000 Euro.

Aus dem Thüringer Innenministerium heißt es: Eine entscheidende Rolle spielt der Förderzeitraum; der

begann 2022. Würde Mühlhausen 2024 Rodeberg – oder auch nur Eigenrieden oder Struth – eingemeinden, würde eine Anrechnungsregelung zum Ausschluss einer Mehrfachförderung angewendet und die für die Neugliederung mit dem Ortsteil Hollenbach im Jahr 2023

gewährte Neugliederungsprämie angerechnet. „Die dann erneut vergrößerte Stadt würde zwar eine Neugliederungsprämie erhalten, jedoch nur von 200 Euro je Einwohner der eingegliederten Gemeinde Rodeberg. Die Einwohner der Stadt Mühlhausen würden hingegen

nicht erneut berücksichtigt“, heißt es von einem Ministeriums-Sprecher. Das heißt: Die Neugliederungsprämie für eine Eingliederung Rodebergs 2024 würde nicht 2 Millionen Euro, sondern unter Zugrundelegen der dann maßgeblichen Einwohnerzahl der Gemeinde Rodeberg etwa 400.000 Euro betragen.

Mühlhausens Oberbürgermeister Johannes Bruns (SPD) meint, die zwei Millionen Euro seien „versehentlich als Fusionsprämie benannt“ worden. Auf den Info-Veranstaltungen am Mittwoch in Eigenrieden und am Donnerstag in Struth wolle man das nun glatt ziehen. Für Südeichsfeld-Bürgermeister Andreas Henning (parteilos) ist die Zahl von 400.000 Euro keine Überraschung: „Da muss man einfach nur das Gesetz lesen können.“

Was eine Prognose über die Höhe der Investitionen angeht, hält sich Henning zurück: „Ich werde keine bestimmte Summe versprechen. Dafür haben wir einen Gemeinderat, der über den Haushalt und die Investitionen entscheidet.“

Kommen Struth und Eigenrieden in die 2011 gegründete Landgemeinde Südeichsfeld, fließen vom Land insgesamt rund 1,7 Millionen Euro – 1,3 Millionen für Alt-Südeichsfeld, 400.000 für die neuen Südeichsfelder.